

mittendrin

Ausgabe 06/2010
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Mitte – ein Bezirk für Kinder!

Gedanken zum Internationalen Kindertag



Foto: Archiv

Nicht nur am Kindertag sollten Kinder im Mittelpunkt stehen.

Es gibt keinen Berliner Bezirk, der so starke soziale Gegensätze aufweist, wie Mitte. Jenseits von Bundestag, Regierungsgebäuden und schick gewordenen Straßenzügen ballen sich die sozialen Probleme.

Die Arbeitslosenquote beträgt in Mitte 19 Prozent (Berlin 16,3 Prozent). 38,7 Prozent der 6-bis unter 25-Jährigen wächst in Haushalten auf, die von staatlichen Transfers abhängig sind. Mehr als 60 Prozent der Grundschülerinnen und -schüler sind von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit. In Mitte hat jeder zweite junge Mensch mit Migrationshintergrund keine Berufsausbildung. Die sozialen Problemlagen konzentrieren sich in Moabit, Wedding und Gesundbrunnen. Es ist offen-

sichtlich, dass hinter diesen Zahlen eine riesige politische Herausforderung und enormer Handlungsbedarf stecken. Dabei sind die Voraussetzungen alles andere als günstig. Der Bezirk ist hochverschuldet. Allein im Bereich der Jugendhilfe wurden bei der Haushaltsplanung für 2010/11 ca. 2,4 Millionen Euro gestrichen, davon 1,9 Millionen im Bereich der allgemeinen Kinder- und Jugendförderung.

Seit dem ersten April trägt die Linke im Bezirk Mitte für die Bereiche Jugend, Schule und Sport politische Verantwortung. Was kann linke Politik unter diesen mehr als ungünstigen Voraussetzungen im Sinne von mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit bewirken?

Der Schlüssel liegt in der Bildung! Hier müssen wir Prioritäten setzen und investieren.

Da ist der große Bereich der vorschulischen Bildung. Kinder in den ärmsten Stadtgebieten verbringen die kürzeste Zeit in der Kita. Hier müssen wir für den Kitabesuch werben und ihn ermöglichen. Die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen werden wir aufmerksam analysieren. Die Übergänge zwischen Kita und Grundschule verdienen mehr Aufmerksamkeit. Die Schulstrukturreform wird zum Schuljahr 2010/11 Realität. Die integrierten Sekundarschulen sollen in unserem Bezirk gute Bedingungen vorfinden, um alle Schülerinnen und Schüler individuell fördern zu können. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe, um den ganztägigen Schulbetrieb in guter Qualität zu gewährleisten. Natürlich wollen wir auch dafür werben, dass sich weitere Schulen in Mitte für das Konzept der Gemeinschaftsschule entscheiden. Eine wichtige Schnittstelle ist der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. Eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen ist sicher zustellen. Zusätzlich müssen sinnvolle Maßnahmen organisiert werden, die notwendige Kompetenzen und Qualifikationen vermitteln.

Für viele der genannten und weiteren Ziele gibt es auch in unserem Bezirk schon gute Beispiele. Da knüpfen wir an. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den sozialen Brennpunkten. Hier brauchen wir das Zusammenwirken aller Ressorts und die Unterstützung von Abgeordnetenhaus und Senat. Es gilt, Prioritäten zu setzen, um Mitte zu einem Bezirk zu entwickeln, in dem alle Kinder, unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft Chancengleichheit beim Zugang und beim Erwerb von Bildung haben!

Petra Schrader
Bezirksstadträtin
für Jugend, Schule und Sport



Foto: Archiv



18. bis 20. Juni 2010
Kulturbrauerei Prenzlauer Berg
u.a. mit Aurora Lacasa, Swing Dance Orchestra,
Bots, Wenzel & Band und Angela Davis
www.fest-der-linken.de

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Es ist vollbracht. Nach den langen Kämpfen um den Erhalt des Weinmeisterhauses als Kinder- und Jugendeinrichtung ist in der BVV-Sitzung vor den Pfingstfeiertagen der positive Schlusspunkt gesetzt worden.

Die Verordneten stimmten zu, den Betrieb der bezirkseigenen Jugendfreizeiteinrichtungen »Weinmeisterhaus« und »C29« unter verbindlicher Zusammenführung der bisher getrennten Angebotsbereiche der jugendkulturellen und sozialräumlichen Jugendarbeit auf den Trägerverbund »Pfefferwerk-Wetek« zu übertragen. Der Bezirk sichert eine Basisfinanzierung zu (2 Fachkräfte der Jugendarbeit und Infrastrukturkosten), entlastet aber insgesamt seinen Haushalt. Vom Widerstand der Linksfraktion gegen die beabsichtigte Schließung in den Haushaltsberatungen im Herbst 2009 bis zu diesem Ergebnis war es ein komplizierter Weg. Die Mehrheit der BVV musste sich für den Erhalt entscheiden und der einberufene Runde Tisch nach möglichen Varianten einer zusätzlichen Finanzierung suchen. Viele »Mütter und Väter« hat der Erfolg. Ohne den engagierten Einsatz der MitarbeiterInnen des Weinmeisterhauses für ihre Einrichtung wäre er nicht denkbar. Die Verwaltung des Jugendamtes mit der neuen Jugendstadträtin Petra Schrader (DIE LINKE) hat hervorragende Arbeit geleistet. Unter Beteiligung der Beschäftigten des Weinmeisterhauses und



Bericht aus der BVV
Von Elke Reuter

Weinmeisterhaus endlich gesichert

der NutzerInnen und unter Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses und des Runden Tisches wurden mit hoher Sachkompetenz die vielfältigen Maßnahmen vorbereitet, geprüft und zeitnah zum Ergebnis gebracht. Da konnten mit Recht Sektflaschen nach der BVV geöffnet werden.

Mit nur einer Stimme Mehrheit gelangte unser Antrag »Der Spittelmarkt – Für einen wirklich attraktiven Stadtplatz!« zur Annahme. Darin erklärt sich die BVV bereit, das Stadtteilaktiv »Spittelkolonnaden« in seinem engagierten Wirken für eine attraktive Gestaltung des Spittelplatzes zu unterstützen und fordert das Bezirksamt auf, im Sinne des Beschlusses des Stadtteilaktivs dessen Forderungen ge-

Blick aus dem Amt:

Das Poststadion glänzt wieder

Es ist immer noch ein beliebtes Fotomotiv: Die Uhr des Tribünengebäudes im Poststadion an der Lehrter Straße zeigt 5 vor 12. Doch die Zeiten haben sich geändert. Aus einer maroden Sportanlage ist ein Schmuckstück geworden, das nicht nur sehens- sondern nutzenswert ist.

Die Entscheidung des Bezirks, in die aus den 20er Jahren stammende, einst zweitgrößte Berliner Sportanlage zu investieren, hat sich gelohnt. Seit 2002 wurden und werden nach einem wohldurchdachten Konzept Mittel des Bezirks, aus dem Stadtbau West, dem Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm u.a. Finanzierungsquellen eingesetzt, um die Sportanlage in der Mitte Berlins gemeinsam mit der Anwohnerschaft, den Sportvereinen im Rahmen der bezirklichen Sport-AG und der Bezirksverordnetenversammlung zu einer multifunktional nutzbaren Sportanlage zu entwickeln. Der Sportausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses überzeugte sich am 7. Mai 2010 vor Ort von den guten Sportbedingungen, die über 30 Vereine, Schulen, Kitas und die vielen Freizeitsportlerinnen und -sportler hier vorfinden. Die Attraktivität der Anla-

ge überzeugte auch die Humboldt-Universität. Sie nimmt eigene Mittel in die Hand und wird ab Herbst 2010 hier Sportwissenschaftlerinnen – und wissenschaftler ausbilden. Und es gibt weitere Pläne. Der benachbarte Fritz-Schloß-Park soll mit den Sportanlagen zum Sportpark Poststadion Moabit verschmelzen. Eine Laufanlage durch den Park wurde bereits fertiggestellt. Eine überdachte Skaterbahn sowie eine überdachte Minigolfanlage gehören dazu. Wenn alles klappt, werden auch Berliner Kletterfreunde bald auf ihre Kosten kommen. Längst ist nicht alles fertig gestellt und es gibt noch genug zu tun, wofür momentan die Mittel fehlen. Zu den nächsten Plänen gehört es, das Angebot des Stadtbades Tiergarten, betrieben von den Berliner Bäderbetrieben, noch attraktiver zu machen. Neugierig geworden? Ein Spaziergang zum Poststadion lohnt sich. Und zum Mitmachen ist es nie zu spät.



Foto: Archiv

Petra Schrader
Bezirksstadträtin für
Jugend, Schule und Sport

genüber dem Senat und anderen Entscheidungsträgern zu vertreten. Grüne, CDU und FDP stimmten dagegen. Besonders befremdlich war die Begründung der Grünen. Ihr Mitglied Miriam Scheffler empfand es als anmaßend, dass das Stadtteilaktiv »im Namen der Anwohnerinnen und Anwohner« spreche. Ein sich jahrelang im Kiez engagierendes Stadtteilaktiv soll nicht im Namen der dort wohnenden BürgerInnen sprechen dürfen?! Wo bleibt bei den Grünen die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen durch direkte Demokratie und nicht nur in durch Wahlen erfolgte repräsentative Gremien? Es sind wohl nicht ihre Wählerinnen und Wähler, die sie am Spittelmarkt vermuten. Bei einer solchen »grünen« Logik ist man sprachlos.

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Ist es richtig**, dass der Standort des KJGD in der Stettiner Str. geschlossen wird? An wie vielen Standorten werden die Kindertherapeuten zukünftig tätig sein? Ist in diesem Zusammenhang noch eine an Sozialräumen orientierte Versorgung gesichert und wie ist diese mit den bezirklichen Gesundheitszielen zu vereinbaren? DIE LINKE (III/1685)

■ **Wie ist der Stand** der Einschulungsuntersuchungen im Bezirk Mitte und konnte sichergestellt werden, dass diese fristgemäß abgeschlossen wurden? DIE LINKE (III/1696)

■ **Hat das BA die Absicht**, der Aufforderung der BVV-Mitte vom November 2002, einen jährlichen Integrationsbericht zu erstellen, in dieser Wahlperiode noch nachzukommen und wenn ja, wann ist realistischerweise mit einem ersten Integrationsbericht zu rechnen bzw. falls nicht, welche Beweggründe hat das BA, die Beschlusslage der BVV über Jahre zu ignorieren? DIE LINKE (III/1659)

■ **Wie ist der Stand** beim Auswahlverfahren für Nachwuchskräfte für Führungsaufgaben (siehe Drucksache 0225/III)? DIE LINKE (III/1663)

Beschlossen u.a.:

■ **Die BVV unterstützt** das Stadtteilaktiv »Spittelkolonnaden« in seinem engagierten Wirken für eine attraktive Gestaltung des Spittelplatzes und macht sich den Beschluss des Stadtteilaktivs vom 30. November 2009 zu Eigen. Das Bezirksamt wird ersucht, im Sinne des Beschlusses des Stadtteilaktivs dessen Forderungen als Position der BVV-Mitte gegenüber dem Senat von Berlin und ggf. anderen Entscheidungsträgern zu vertreten. DIE LINKE (III/1452)

Alltag und Programmdebatte

Wir arbeiten für eine alternative, machbare Politik



Foto: Archiv

Nach einer breiten Debatte in der ganzen Partei wird ein Bundesparteitag 2011 das Programm der LINKEN beraten und beschließen.

DIE LINKE setzt sich für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus ein. Zugleich versteht sie sich als eine Partei für den Alltag, die reale Sorgen, Ängste und Probleme der Menschen aufgreift und Wege zu ihrer Bewältigung aufzeigt. Von konkreten Fragen und Problemen der Menschen ausgehen und diese in gesellschaftliche Gesamtzusammenhänge einordnen – so sollten wir auch an die Programmdebatte herangehen. Viele fragen sich heute:

Kann ich zukünftig noch vom Lohn für meine Arbeit leben? Wird es sichere Arbeitsplätze geben? Was wird aus mir, wenn ich keinen neuen Job finde? Sind meine Ersparnisse gesichert? Droht nach einem langen Arbeitsleben für mich Altersarmut? Damit sind generelle Fragen nach den Veränderungen in der Arbeitswelt, nach zukünftigen Möglichkeiten von Vollbeschäftigung und dem System sozialer Sicherheit aufgeworfen.

Haben unsere Kinder gleiche Chancen für ein Leben in sozialer Sicherheit, Wohlstand und Frieden? Raubbau und Zerstörung der Natur, Klima-, Energie- und Umweltkrise bedrohen unsere existentiellen Lebensbedingungen – wie lange kann das noch gut gehen? Wer sich den Zukunftsfragen stellen will, muss alternative Vorstellungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, für die Überwindung der gegenwärtigen Wachstumslogik und für neue Wege zu mehr Lebensqualität entwickeln.

DIE LINKE strebt einen Politikwechsel an, damit die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum der Politik

rücken. Sie hat entsprechende Forderungen wie Mindestlohn, Überwindung von Hartz IV, gerechtes Renten- und Steuersystem, Bildung und Entwicklungschancen für alle Kinder, öffentliches Eigentum, keine Kriegseinsätze usw. im Programmentwurf formuliert. Aber solche Forderungen allein bilden noch kein Grundsatzprogramm. Das Programm sollte wesentliche innere Zusammenhänge, Widersprüche und Interessengegensätze, die den konkreten Erscheinungen zugrunde liegen, sichtbar machen und daraus Aufgaben und Alternativen für die nächsten 15-20 Jahre ableiten.

Wenn wir uns mit dem heutigen Kapitalismus auseinandersetzen, reicht es nicht aus, die Ungerechtigkeiten, Unsicherheiten und Gefahren zu benennen, die mit der Gier nach Profit und Macht verbunden sind. Wir sind angehalten, diesen Kapitalismus auch in seiner Differenziertheit, Widersprüchlichkeit und Wandlungsfähigkeit zu erfassen. Wer einen modernen linken Politikentwurf präsentieren will, muss sich mit dem Kapitalismus in neuem Gewande, mit dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auseinandersetzen. Denn hieraus resultieren die aktuellen Bedrohungen für Arbeit, soziale Sicherheit, Demokratie, Erhalt der Umwelt und den Frieden. Auswege aus der gegenwärtigen Gesellschaftskrise aufzuzeigen, verlangt von der LINKEN auch, Potenziale für alternative Entwicklungswege aufzudecken, an die konkrete alternative linke Reformprojekte ansetzen können.

Laut Programm orientiert sich unser Handeln am demokratischen Sozialismus. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung,

patriarchaler und jeglicher Unterdrückung, gerecht und solidarisch, nachhaltig, demokratisch und kulturvoll, in der die freie Entwicklung der Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Aber wie gedenken wir, dieses Ziel zu erreichen? Wie lassen sich heutige Forderungen und Aufgaben mit diesem Ziel verbinden? Streben wir einen schlagartigen Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen an oder stellen wir uns auf einen langfristigen Prozess kleinerer und größerer Reformen, mit Brüchen, Erfolgen und Niederlagen ein, in dem letztlich der Kapitalismus überwunden wird. Demokratischen Sozialismus verstehen wir als einen transformatorischen Prozess, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft bereits Konturen gewinnen kann und zugleich über sie hinaus weist. In diesem Sinne entwickeln wir Alternativen und Aufgaben für eine radikale Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft, für einen sozial-ökologischen Umbau, für eine zukunftsorientierte Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Kulturpolitik und für eine konsequente Antikriegs- und Friedenspolitik.

Eine realistische Hoffnung, eine realitätsnahe Zukunftsvision zum einen und alternative machbare Politik zum anderen zu entwickeln, das ist die Herausforderung an die Programmdebatte, die dann im neuen Programm ihren Niederschlag finden soll.

Ein chinesisches Sprichwort lautet:

Der Pessimist sieht in jeder Chance eine Bedrohung.

Der Optimist in jeder Bedrohung eine Chance.

In diesem Sinne eine gründliche, kritische, sachliche und ergebnisreiche Programmdebatte.

Bernd Ihme

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82-45 65

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

Bei anderen gelesen

Kolonnaden-Hof wird eröffnet

Der Kolonnaden-Hof in der Alten Nationalgalerie wird am 6. Juni offiziell wieder eröffnet. Mit Rasen, Brunnen, Hecken, Platanen und Skulpturen soll er eine Freiluft-Oase im steinernen Meer der Museumsinsel werden. Die Sanierung und Neuanlage kostete 20 Millionen Euro.

»Berliner Kurier«, 22.05.2010

Pflegezeit: Glücksfall für Schröder

Die Pflegezeit passt perfekt zur konservativen Grundhaltung der Ministerin. Sie kostet den Staat nichts. Mit der Pflegezeit für Familienmitglieder hat Kristina Schröder ein Thema gefunden, das sowohl zu ihrer Grundhaltung passt als auch finanziell umsetzbar ist.

»Financial Times Deutschland«, 20.05.2010

Teures Pflaster

Mieter von Wohnungen rund um die Flaniermeile Unter den Linden geben mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Miete aus. Ein teures Pflaster ist auch der Kiez rund um den Alexanderplatz, den die Immobilienprofis mit einer Wohnkostenbelastung von bis zu 41 Prozent als Toplage bezeichnen.

»Berliner Woche«, 24.03.2010

Lücken der Geschichte

In Berlin liegen die weltgeschichtlichen Ereignisse besonders nah beieinander. Oder drunter und drüber. Deutsche Einheit, Mauerbau, zweiter Weltkrieg, Machtergreifung, erster Weltkrieg, Reichsgründung. Doch allein die Berliner Mauer hat das Privileg, als »Geschichtsmeile« inszeniert und mit immensem Aufwand an Tafeln, Mahnmalen, Ausstellungen und »archäologischen Fenstern« vermittelt zu werden. Reichstag, Brandenburger Tor, Potsdamer Platz, die prominenten Schauplätze der Stadthistorie, werden zuerst über ihren Bezug zur Berliner Mauer definiert. Was sie sonst noch sind, Symbol parlamentarischer Tradition, tritt in den Hintergrund.

»Der Tagesspiegel«, 24.03.2010

Systemhopping oder Reformismus?

Die Transformation des Kapitalismus und die Verantwortung der LINKEN.

Gesprächskreis zur Programmdebatte mit Mario Candeias, RLS und Christine Buchholz (MdB)

21. Juni 2010 19 Uhr
Karl-Liebknecht-Haus, Saal 1
U-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz

Zug der Erinnerung am Bahnhof Friedrichstraße

Täglich 1.500 Besucher auf vier Stadtbahnhöfen



Foto: Archiv

Kommunalpolitiker aus Mitte begrüßen die Ausstellung

Der Zug der Erinnerung beinhaltet eine beeindruckende Ausstellung über das Schicksal von weit über einer Million bis 1945 deportierter und ermordeter Kinder und Jugendlicher.

Der Zug, der seit November 2007 durch Deutschland fährt, machte an über 120 Bahnhöfen Halt und empfing mehrere hunderttausend Besucher, vor allem Schulklassen. Seinen – vorerst – letzten Stopp legte er seit dem 8. Mai, dem 65. Jahrestag der Befreiung, in Berlin ein. An vier Bahnhöfen – Grunewald, Spandau, Schöneweide und Friedrichstraße – hatten täglich rund 1500 Besucher Gelegenheit, die Exposition zu besuchen.

Die bürgerschaftliche Initiative »Zug der Erinnerung« verzichtete bei der Zusammenstellung der Ausstellung auf grausame Bilder. Es werden keine Bilder von Leichen, von Ermordeten, von Verhungerten gezeigt. Man sieht nur Fotos von fröhlichen Kindern. Bilder von spielenden Kindern. Fotos von Geschwistern. Aufnahmen von Mädchen, die dem Fotografen stolz ihr neues Kleidchen zeigen. Aus den Begleittexten erfährt man dann aber, dass es sich um die letzten noch erhaltenen Bilder der Kinder handelt, dass sie – bevor sie überhaupt angefangen hatten, zu leben – auf dem Transport oder in den Vernichtungslagern umgebracht wurden. Gerade dieser Gegensatz von lachenden Kindern und der Information, dass diese oft nur wenige Tage nach der Aufnahme ermordet wurden, macht die Ausstellung so ergreifend. Nicht weniger erschütternd sind Briefketten, die die Kinder während des Transports aus dem Zug werfen konnten. Sie alle mit dem Hilfeschrei nach den Eltern, die oft gesondert deportiert wurden.

Während des abschließenden Aufenthaltes am 20. und 21. Mai auf dem Bahnhof Friedrichstraße warnte der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Christian Hanke, eindringlich vor jeglichen Erscheinungen von Rassismus und Antisemitismus. Die Aufmärsche der Neonazis vor wenigen Wochen in Berlin zeigten, wie lebendig all das noch ist.

Auch die Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, Dagmar Pohle, ergriff das Wort. Sie verwies insbesondere auf das Schicksal der Sinti und Roma, die auf dem Gebiet des heutigen Hellersdorf zusammengetrieben und dann in die Vernichtungslager abtransportiert wurden.

Der Aufenthalt des Zuges auf dem Bahnhof Friedrichstraße erhielt seine Bedeutung nicht nur dadurch, dass es sich um einen der ältesten Bahnhöfe Berlins (eröffnet 1882) und nach mehrmaligen Umbauten und Erweiterungen heute um den wichtigsten Bahn-Regionalknoten der Stadt handelt. Unmittelbar am Bahnhofseingang in der Georgenstraße steht seit November 2008 eine Bronzeskulptur, die sieben Kinder darstellt. Sie trägt den Titel »Züge in das Leben – Züge in den Tod«. Sie wurde eingeweiht aus Anlass des 70. Jahrestages der Transporte von rund 10000 jüdischen Kindern, die Dank britischer Organisationen u.a. über den Bahnhof Friedrichstraße nach England in Sicherheit gebracht werden konnten. Zugleich ist sie Gedenkstätte für die Todestransporte, die auch über diesen Bahnhof liefen.

Es erfüllt uns mit Genugtuung, dass die Initiative der BVV Mitte dazu beigetragen hat, dass der Zug in unserem Stadtbezirk einen Halt eingelegt hat.

Denis Ruh

Menschen in Mitte

Nouria Khadeeva »Blütezeit« in den Spittelkolonnaden

Im Club Spittelkolonnaden in der Leipziger Straße 47 herrscht seit wenigen Tagen »Blütezeit«. Zu Ehrendes 65. Gründungsjahres der Volkssolidarität präsentieren talentierte Mitglieder des Malzirkels des Bezirksverbandes Berlin-Mitte farbenprächtige und zarte Aquarelle, Acryl-, Öl- und Pastellarbeiten.

Ihre professionelle Leiterin ist seit fünf Jahren Nouria Khadeeva. Die 54jährige Tatarin ist Absolventin der Kunsthochschulen in Kirow und Leningrad. »Ein Picasso oder ein Dali wird keiner meiner ‚Schützlinge‘ werden, aber alle - ob der ehemalige Architekt, die Tischtennis-Europameisterin, die Verkäuferin oder die zur Zeit Arbeitslose - erfüllt das Malen und Zeichnen mit Lebensfreude, Glück und Selbstbewusstsein«, freut sich die zierliche Frau.

Die Kunstmalerin, Graphikerin und Textildesignerin gibt sehr gern ihre Erfahrungen, ihr Können an Laien-Freizeitkünstler weiter. Jeden Donnerstag trifft sie sich mit den zehn Zirkelmitgliedern im Nachbarschaftszentrum der Volkssolidarität in der Torstraße 145, um miteinander zu reden, sich mit Kunstrichtungen und Malern auseinanderzusetzen und vor allem um zu arbeiten: Porträts, Akte, Landschaften, Stilleben und während des letzten langen Winters mit Vorliebe Bilder mit Blumen, viel Grün und Licht.

In der Karl-Marx-Allee fühle ich mich wie in Moskau

Längst hat sich Nouria Khadeeva selbst in Berlin und weit darüber hinaus als herausragende Künstlerin einen Namen gemacht. Dutzende Galerien in Berlin, Sankt Petersburg und Kasan zeigten ihre Werke. Sehr erfolgreich waren jüngst ihre Gemälde und Graphiken zum Thema »Menschen und Räume« in der Inselgalerie. In diesen Wochen bereitet sie ihre persönliche Werkschau mit ihren schönsten Arbeiten in »blisse 14« in der Blissestraße vor. Bei der Auswahl will sie auch immer die Meinung ihres Malzirkels wissen.

Geboren wurde Nouria Khadeeva im russischen Malmysch, einer Kleinstadt bei Kirow. 1996 heiratete sie nach Berlin. »Die Hauptstadt hat mich immer interessiert«, bekennt sie. »Hier waren zahlreiche russische Künstler, hier leben viele Freunde unseres Landes«, betont sie. »Wenn ich durch die Karl-Marx-



Foto: Herold

Nouria Khadeeva lehrt das Malen

Allee bummele fühle ich mich wie in Moskau oder Sankt Petersburg. Ich liebe Berlin«.

Meistens hat die Mutter eines 29jährigen Sohnes ihr Zeichenbuch und einen Stift in der Tasche, skizziert beim Warten an der Bus-Haltestelle interessante Gebäude oder Tore. In der Philharmonie hört sie mit Begeisterung Rachmaninow und Beethoven. »Freilich war der Anfang hier nicht einfach«, gesteht sie aber. »Ich verstand kein Wort Deutsch und keiner kannte mich hier«.

Zu ihren ersten Anschaffungen gehörten mehrere Bahnen Leinwand. »Und ich fing gleich an zu malen. Jetzt oder nie, war mein Startmotto.« Heute spricht sie perfekt die Sprache ihrer neuen Heimat, ist hier längst eine anerkannte Künstlerin und lehrt, unterstützt, entwickelt Berliner in ihrer künstlerischen Tätigkeit. Pit Zeidler, Hella Bachleitner und all die anderen danken Nouria Khadeeva dafür.

Matthias Herold

EUROpa in der Krise Welche Vorschläge hat DIE LINKE

Diskussionsveranstaltung
mit **Helmut Schloz (MDEP)**

18. Juni 2010 18.30 Uhr
Rathaus Tiergarten, Balkonsaal
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10555 Berlin
U-Bhf. Turmstraße

Kurznachrichten

Weiß es jeder – oder?

Mit einer großen Aktion wird die Charité während einer mehrwöchigen Kampagne auf das Gesundheitsthema Schlaganfall aufmerksam machen. Die Bürger sollen mit Plakaten, Werbung in Bussen und Bahnen, Fortbildungen, Filmvorführungen erreicht werden. Die Hauptbotschaft, so Prof. Jan Sobesky, lautet: Schlaganfall ist ein Notfall. Es sollte sofort die Rufnummer 112 angerufen werden. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Bluthochdruck, Diabetes, Störungen des Fettstoffwechsels, Übergewicht, Bewegungsmangel sowie Herzrhythmusstörungen.

Sparreserve benannt

Finanzsenator Ulrich Nussbaum hat eine bemerkenswerte Sparreserve in der Finanzverwaltung öffentlich gemacht. Dort könnten erhebliche Kosten eingespart werden, wenn der Gesetzgeber (sprich Regierungsebene) anfangs, vernünftige Steuergesetze dauerhaft in gebotener Qualität zu formulieren. Oft ist es so, dass jedes Jahr zehn neue Regeln nachgeschoben werden und Mitarbeiter in den Ämtern erstmal in Schulung geschickt werden und wir anderen neue Formulare erstellen müssen. So etwas ist kostenintensiv. Da ließen sich Millionenbeträge an Personalkosten sinnvoll sparen, ohne Leistungen einzuschränken.

Goldene Sterne

Eine von Kulturschaffenden neu gebildete Gesellschaft hat 40 Film- und Fernsehprominente von einst und heute benannt, die als ausgewogene Mischung von Vergangenheit und Gegenwart am 10. September als erste mit einem goldenen Stern auf dem entstehenden Boulevard der Stars am Potsdamer Platz geehrt werden. Jährlich sollen in einem Auswahlverfahren zehn weitere Stars einen Stern bekommen; darunter auch jene, die bei Film und Fernsehen hinter der Kamera stehen.

Staufahrt begegnen

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat ein externes Büro beauftragt, Vorschläge für die Verkehrsführung während großer Bauvorhaben im Stadtzentrum zu erarbeiten. Erforderlich sind (wie es heißt: intelligente) Lösungen, die Verkehrsstaus möglichst verhindern. Baubeginn am Leipziger Platz ist noch 2010, nächstes Jahr der U-Bahnbau Unter den Linden, es folgen die Baustellen rund um Molkenmarkt und Spittelmarkt.

Unterwegs in Mitte

Viele Erinnerungen werden geweckt



Fotos: Archiv

Waltraud Balzer mit Mitarbeiterinnen in ihrer Bäckerei

Spazierend erinnere ich mich, wie 1960 das Wohnen den Trauschein voraussetzte. Ich heiratete, das Amt überließ uns für 13 Mark im Monat eine Kochstube, die zum Bäckerladen Bergstraße gehörte.

Heute Bar, gab es weder Gas noch Strom, aber Wasserleitung mit Ausguss, Klo eine Treppe höher. 1961, ich hochschwanger, wies das Wohnungsamt für 37 Mark 1,5 Zimmer nebst Küche in der Schönholzer Straße zu – durch den Flur der Nachbarn zu erreichen, WC eine Treppe tiefer. Zwei Monate später stand die Mauer, die U-Bahn war verschlossen, vis-à-vis wurden Gebäude abgerissen.

Jetzt ist die Mauer Denkmal, Häuser entstehen. In den frühen 70ern hieß Glück 46 qm Scharrenstraße, Fahrstuhl, Wärme, Warmwasser aus der Wand. Der graue Charme ist geblieben, doch unterm Parkplatz haben sie Berlins Frühgeschichte ausgegraben. Getauscht folgten 49 qm Holzmarkstraße, Neu- und Altbauwohnungen im Prenzlauer Berg, doch seit zehn Jahren sind wir wieder hier. Die Bergstraße erinnert nicht an die Jugendzeit, heller, bunter, das Sprachengemisch junger Neubewohner gefällt mir. Die alte Mitte, politgeographisch mit Tiergarten und Wedding vereint, hat viele Milieus gewonnen. Mein Gefühl grenzt den Bezirk auf

Leipziger- bis fast Bernauerstraße, Heine-, Scheunenviertel, Alexanderplatz, Schillingstraße, Weinbergsweg, Ackerhalle, Liniestraße, Theater, Oper und Charité ein, der ZK-Parkplatz ist jetzt kuschlige Kleinstadtidylle, Palast der Republik und Außenministerium fehlen mir nicht, vertraut sind mir die Kunstkinoetage der Hackeschen Höfe, Central und Acud, das »International« ist fern. Kulinarisch sind manche Nebenstraßen anregend, an Konditoreien fehlt's im Revier, aber Frau Bäckerin Balzer in der Sophienstraße verkauft weiter Schrippen und Kuchen. Für ihren Bestandsschutz hat die altneue Bewohnerschaft gekämpft. Galerien, Brillengeschäfte, Frisöre, Kleider- und Schuhläden, Imbisse, Hof- und Straßencafés



fés haben nicht nur Fleischereien verdrängt, vietnamesische Gemüseläden mühen sich, und ich fahre gern in die neue Mitte nach Wedding, wo jenseits der alten Grenze neue Erfahrungen warten. Spazierend genieße ich orientalisches Gastrecht. In der trendigen alten Mitte ist das ziemlich teuer.

Dr. Irene Runge

Kein Feuer, keine Kohle

Ayla, Alis Tochter - im ATZE-Theater

Ohrenbetäubender Lärm im Foyer des Atze-Theaters: Da sind sie wieder, die Schreier aus der U-Bahn – mit den Füßen auf den Sitzen. Und kein Erwachsener sagt etwas. Endlich aber doch – direkt vor der Vorstellung: Wer sein Handy nicht ausschaltet oder mit Laserpointer die Schauspieler belästigt, fliegt raus. »Wir haben kein Problem damit«, wird angesagt.

Und nun ist Ayla dran, wegen der sie alle gekommen sind, diese Kids zwischen zwölf und 16 mit ihrem Gebälze, auch die hübschen Mädchen mit Kopftuch, totgeschminkt manchmal, aber immer noch viel leiser als ihre männlichen Altersgenossen.

»Ayla – Alis Tochter« das Stück des Theaterleiters Thomas Sutter unter der Regie von Nicole Oder erzählt zwei Liebesgeschichten: die von Ayla (Tanya Erartsin), die sich in ei-

nen deutschen Jungen verliebt und Murat, ihrem Bruder (Hüseyin Ekici), der für sich ein deutsches Mädchen entdeckt.

Erzählt wird, wie diese Liebe eine türkische Familie zwischen Tradition und Anpassung zerreißt. Murat darf, was bei Ayla Ehr- und Gesichtsverlust für die ganze Familie bedeutet. Erzählt wird auch der Respekt vor den Eltern und Älteren – der leider nicht bis in die U-Bahn reicht.

Die türkische Sängerin Begün Tüzemen begleitet die Story mit Liedern, für die mein Volkshochschultürkisch nicht ausreicht. Dennoch – es passiert etwas Wunderbares. Das jugendliche Gegröle wird plötzlich emotionsgeladen zu Beifall für den ersten Titel. Zwischen Publikum und Bühne entsteht Übergangslos Kommunikation, die die Schauspieler durch das Stück trägt.

Man möchte sich mit den Kids wieder ver-

söhnen. Sie nehmen die Auseinandersetzung zwischen den Kulturen an. Die Zweisprachigkeit spielt keine Rolle mehr. Vielleicht lernen sogar die deutschen Mitschüler hier ihre ersten türkischen Vokabeln?

Schade, dass das Theater keine Projektionseinblendungen macht und so alle, die des Türkischen weniger mächtig sind, mit den Liedern allein gelassen werden. Immerhin sind im Programmheft die Liedtexte in Deutsch und Türkisch zu finden. Ich habe das leider zu spät entdeckt. Vermutlich auch das Atze-Theater im Wedding überhaupt. Die Älteren wissen vielleicht noch, dass Atze mal das berlinerische Wort für Bruder war.

Schön auch, dass die Fabel am Ende aus der Integrationsdidaktik in das Allgemeinemenschliche überführt wird; nämlich mit einer anrührenden Interpretation der Hauptdarstellerin von: Kein Feuer, keine Kohle kann brennen so heiß...

Verena Werthmüller

ATZE Musiktheater, Luxemburger Straße 20, 13353 Berlin Mitte (U9 Amrummer Strasse), www.atzeberlin.de

Auf ein Wort Frau Senatorin!

Kein Platz für Nazis

Berlin stärkt zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Am ersten Mai waren tausende von Menschen in Berlin unterwegs mit einem Ziel: sich dem angekündigten Aufmarsch der Nazis in den Weg zu stellen – mit Erfolg. Die Nazis mussten abdrehen. Der Prenzlauer Berg war an diesem Tag fest in der Hand des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Rückgrat dieses Engagements in Berlin sind die vielen Projekte und Initiativen, die die zivilgesellschaftliche Infrastruktur stärken, darstellen und beraten. Der Berliner Senat hat 2008 eine neue Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus beschlossen. Teil der Konzeption ist die Förderung von entsprechenden Projekten. Wissenschaftler haben jetzt die Wirksamkeit ihrer Arbeit untersucht und ihre Evaluation vorgestellt.

Bei aller Kritik im Einzelnen verdeutlicht der Ergebnisbericht: der Berliner Weg ist im Grundsatz richtig. Es ist gelungen, nachhaltige und wirksame demokratische zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, die auf neue Herausforderungen innovativ und flexibel reagieren können. Das liegt auch daran, dass wir uns konzeptionell nicht verengt haben, sondern im Gegenteil einen – wie es in der Evaluation heißt – »konzeptionellen Pluralismus« verfolgen. Das heißt konkret: Wir setzen an beiden theoretischen Ansätzen in der Rechtsextremismusforschung an: der Bekämpfung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (darunter fällt dann auch Islamophobie, Homophobie) und der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Die Vielfalt der Zugänge ist eine Stärke in der Berliner Politik. Wir werden aber auch die Empfehlungen

der Evaluation, die unterschiedlichen Konzepte und Programme stärker miteinander zu verzahnen und zu vernetzen prüfen und schnell umsetzen. Dazu werden wir eng mit den Bezirken und den Projekten zusammenarbeiten.

Eine Empfehlung der Evaluation – die dringende Weiterförderung der im Rahmen des Bundesprogramms »kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus« geförderten Projekte – haben wir mit dem Doppelhaushalt 2010/2011 bereits realisiert: Die Strukturprojekte »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus«, »ReachOut – Opferberatung« und »Pro-aktiv gegen Islamophobie« werden ab 2011 komplett über Landesmittel finanziert, so dass ihre Weiterarbeit gesichert ist. Damit haben nicht nur die Projekte Planungssicherheit, sondern auch die vielen Initiativen, die Bezirke, Schulen etc., die alle mit den Projekten eng kooperieren.



Carola Bluhm

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Aktionsräume plus

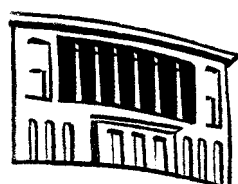
Wir wollen eine soziale, solidarische Stadt

Berlin hat Stadtteile, in denen sich soziale und wirtschaftliche Probleme konzentrieren. Berlin hat Stadtteile, in denen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner stark eingeschränkt, in denen Bildungschancen beeinträchtigt sind und Kinderarmut besonders ausgeprägt ist. Das darf niemand in dieser Stadt hinnehmen! Dafür müssen Kräfte gebündelt werden. Das ist unser Ziel. Das ist auch Ziel der »Aktionsräume plus«.

Obwohl schon viel getan worden ist, ist aber unbestritten, dass in Quartieren, in denen sich die Lage trotz Quartiersmanagement, trotz verschiedener Förderprogramme, trotz der hervorragenden Arbeit vieler Akteure vor Ort nicht verbessert oder sogar verschlechtert hat, dringender Handlungsbedarf besteht.

Einigkeit herrscht auch, dass die bisherigen Aktionsräume, nämlich die einzelnen Quartiersmanagements, zu kleinteilig sind und wir ein weiträumigeres Herangehen benötigen. Uns ist auch wichtig, dass die Verfahren entbürokratisiert und Bürgerbeteiligung erleichtert werden.

Dem sollen die fünf »Aktionsräume plus« Rech-



Exklusiv aus dem Berliner Abgeordnetenhaus

nung tragen. Ziel ist es, die soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung der betroffenen Stadtgebiete zu verbessern, durch Sozialraumorientierung und Bündelung von Maßnahmen den sozialen Zusammenhalt zu fördern, Chancengerechtigkeit herzustellen und vor allem die Bildungssituation junger Menschen zu verbessern.

Mit dem Programm »Aktionsräume plus« geht es um Nachhaltigkeit, Verstetigung, langfristige Perspektive, Schaffung und Vernetzung von Strukturen für die Chancengerechtigkeit. Da spielen natürlich die positiven Erfahrungen einzelner Bezirke wie Kooperationsvereinbarungen beispielsweise in Mitte und Neukölln eine außerordentlich große Rolle.

Das geht nur, wenn Senat und Bezirke, wenn Bewohnerinnen und Bewohner, wenn Initiativen vor Ort gemeinsam daran arbeiten. – Kurz gesagt: Wenn Berlin sich als eine solidarische Stadt begreift und weiter entwickelt.

Kadriye Karci

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus

WIR SIND ALLE GRIECHINNEN
SOLIDARITÄT GEGEN RASSISMUS UND SOZIALABBAU
DEMONSTRATION 12. JUNI 2010 BERLIN | STUTTGART

Berlin 12 Uhr Treffpunkt Alexanderplatz



Foto: Archiv

Das ist das Letzte

Die Mitte von Mitte wird umgepflügt. Nach den Sommerferien wird der Senat den Umbau des Molkenmarktes beschließen. Wo jetzt die wichtigste Ost-West-Achse des Straßenverkehrs pulsiert, soll eine Angleichung an das historische Straßenbild den Durchgangsverkehr drosseln. Der Plan ist umstritten. Manche begrüßen ihn als Rettung der Innenstadt vor dem Verkehrsinfarkt. Andere fürchten, dass die Abbindung dieser Hauptschlagader zwischen Alex und Potsdamer Platz den Kollaps durch Staus beschleunigen wird. Die geplante Straßenbahnlinie soll eine Alternative sein – für Leute, die das Auto auf dem Parkplatz lassen. Die CDU-Fraktion findet den heutigen Zustand nicht schön aber nützlich und verlangt, den Umbau zu stoppen. SPD, Linke und Grüne haben das im Verkehrsausschuss abgelehnt. Die Innenstadt soll nicht unter den Abgasen röcheln. Fluchen soll sie aber auch nicht wegen Enge und Schikane. Ob das klappt, weiß keiner. Wenn dann gleichzeitig andere Hauptstraßen zur einspurigen Baustelle werden, dann ist der Tag nicht fern, wo Berlin per Fahrrad Amsterdam überholen wird.

Zwei neue Rastplätze soll es für Touristen und Einheimische geben: Am Petriplatz neben der Gertraudenbrücke entsteht ein »archäologisches Fenster in die Vergangenheit«. Wo jetzt unter dem Zeltdach gegraben wird, soll ein Besucherzentrum das Zusehen ermöglichen. Im gleichen Haus wollen sich dann Archäologen niederlassen. Das andere Besucherzentrum soll den Blick in die Keller des Kaiserschlosses ermöglichen. So kann man dann von Grabung zu Grabung wandern. Vorschlag: Wenn man bei der Grabung am Schloss auf Tassen und Gläser mit dem goldenen Aufdruck »PdR« stoßen sollte, wäre ein drittes »Fenster in die Vergangenheit« einzurichten. Da könnten die Fremden staunen, welch ein Palast – bis vor zwanzig Jahren – seiner Majestät dem Volk gedient hat!

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.5.2010

Ausgabetag für Nr. 7/10 – 1.7.2010

mittendrin · 6/2010

Augenblicke in Mitte



Fotos: privat

Viele hundert Menschen kamen zur „Linken Kinonacht“ am 8. Mai in das Kino Babylon. Nachdenklich und unterhaltsam – in einer Mischung aus Filmen, Diskussionsrunden, Lesungen, Livemusik und Kabarett fand jeder und jede Gelegenheit, den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zu feiern. Und viele der Gäste lernten an diesem Abend DIE LINKE kennen. Vielen Dank an alle, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Kinonacht halfen!



Wir gratulieren nachträglich im Mai zum Geburtstag!

- Zum 94. Dora Buchholz
- zum 91. Gerhard Hiller
- zum 89. Helga Mallasch, Erna Neuberger
- zum 86. Günter Krüger
- zum 85. Harry Naumann, Günter Oehlert, Ingeborg Schlag
- zum 84. Helene Bilkenroth
- zum 83. Werner Beschorner, Fred Mauer, Gerhard Pfeiffer, Sigrid Zimmermann
- zum 82. Gerhard Hanusch, Marlit Hartig, Adolf Herkt, Irmgard Tinz, Willi Wolter
- zum 81. Ursula Eberhardt, Elisabeth Hoske, Lieselotte Meschter, Sabine Nathan
- zum 80. Ruth Claus, Hans-Joachim Ermer, Hannelore Hanusch, Hermann Kähler, Kurt Pätzold, Ursula Witt
- zum 75. Herbert Heß, Doris Rabe
- zum 70. Wilfried Munser

Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag!

- Zum 88. Werner Geringswald, Margret Große
- zum 87. Minni Schnoor
- zum 86. Heinz Huth, Helga Korff-Edel, Barbara Koritzky
- zum 85. Adelheid Fischer
- zum 84. Horst Hahn, Hermann Kant
- zum 83. Horst Bittner, Gertrud Herkt, Gerhard Knauth, Maria Kühne, Vera Tenner
- zum 82. Berndt Spekker
- zum 80. Friederun Fessen, Erika Prag
- zum 75. Anneliese Griese, Renate Leucht, Hans Lindenau
- zum 70. Herwart Pieper-Junker

Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 24 00 9-33 6
Fax: 030 / 24 00 9-33 7
können Sie Montag bis Mittwoch in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr, Donnerstag bis 19.00 Uhr und Freitag bis 14.30 Uhr erreichen.

DIE LINKE Berlin Mitte